



An die

Abgeordneten aller im
Bundestag vertretenen Parteien

Bündnis Rettet die Familie

Vorsitzende
Sabine Wüsten
Johanna-Kinkel-Str. 13
17033 Neubrandenburg
Mail sabine.wuesten@rettet-die-familie.de

www.rettet-die-familie.de

Neubrandenburg, 22.01.2021

Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages,

Es ist Wahljahr und es stehen für Sie als Abgeordnete Entscheidungen an, die Familien hier und heute brennend interessieren.

Gerade erleben wir: ohne Familie ist kein Staat zu machen. Wenn alles zerbricht, funktioniert sie, muss sie funktionieren als letzter Halt. Aber es knirscht gewaltig. Sehr viele Familien leben im permanenten Ausnahmezustand: ohne jede Pause Kindergartenkinder beschäftigen und bei Laune halten, gleichzeitig Schulkinder unterrichten, ihre Wut und Traurigkeit über die Isolation regulieren, einkaufen, waschen, kochen, für Bewegung sorgen und Freizeitangebote ersetzen. Ganz nebenbei erledigen, was eigentlich Mamas oder Papas Job ist. Die Nerven liegen blank, Konflikte nicht eskalieren zu lassen ist nun permanente und hohe Schule jeder Familienarbeit. Wir schaffen das?!

Wer tritt gegenwärtig für Kinder und damit Familie ein?

Kinderärzte haben sich artikuliert (Anlage I). Der Chefarzt der Kinderabteilung eines großen Zentralklinikums schrieb mir neulich total frustriert: „Ich habe mir die Finger rot geschrieben in den letzten Tagen und Wochen...zu den Schulschließungen, mit Studien, mit Argumenten, die ich alle belegen kann, aber es prallt an den Außenmauern des Schweriner Schlosses oder des Landratsamtes ab. Ich habe nicht mal eine Antwort bekommen.“

Sogar der Präsidenten des Deutschen Kinderschutzbundes, Heinz Hilgers stellt sich endlich vor unsere Kinder und wagt Kritik an der harten Kontaktbeschränkung auch für Kinder (FAZ vom 14.1.21.)

Was hören wir dazu aus dem Bundestag oder von den im Bundestag vertretenen Parteien? Familien erleben: Existenzielle Bedürfnisse von Kindern spielen in der aktuellen Politik keine Rolle. Niemand beklagt oder diskutiert dort die Körperverletzung von Kindern durch krankmachende Übersäuerung (Anlage II) bei stundenlangem Inhalieren von CO². Sogar gegen einfache Arbeitsschutzbestimmungen verstoßende, unterkühlte Arbeitsräume in Herbst und Winter waren für Kinder staatlich verordnet. Bildung, Kultur, Musik, Sport,

Sozialkompetenz, also fundamentale Grundlagen des Kindeswohls, werden aufgrund der Verbote der Regierungen von den Parlamentariern widerspruchslos toleriert bzw. unterstützt. Dauer unbekannt, denn Kinder seien eine Gefahr!

Nun sind Sie als Parlamentarier/in demnächst vermutlich gefordert, über die Einführung von **Kindergrundrechten** im Grundgesetz abstimmen zu müssen.

Was können Familien davon erwarten?

Schon jetzt könnte das Parlament das gerade auch Kindern zustehende Recht auf körperliche Unversehrtheit und freie Entfaltung der Persönlichkeit, gemäß Art. 2 GG mit einfacher Gesetzgebung durchsetzen.

Wir fragen uns als Vertreter verschiedener Familieninitiativen, wozu die nun vorliegende Veränderung des Artikels 6 GG dienen soll, in der ein zusätzliches Recht auf „Entwicklung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten“ geplant ist, wenn sich von uns gewählte Volksvertreter gegenwärtig noch nicht einmal um die geschützten Grundbedürfnisse von Kindern erkennbar und angemessen Gedanken machen?

Millionen von Familien kümmern sich jeden Tag mit viel Liebe und Zeit genau darum, aus ihren Kindern eigenständige Menschen zu machen, es ist nicht nur ihr natürliches Elternrecht, wie die Verfassung es garantiert, sondern auch ihre Pflicht. Wieso sollte der Staat mit dem neuen Zusatz definieren, wie ein Kind zu einer „eigenverantwortlichen Persönlichkeit“ wird?

Wird dann für die „eigenverantwortliche Persönlichkeitsentwicklung“ aus dem kürzlich beschlossenen Recht auf Ganztagsbetreuung in der gesamten Kindheit möglicherweise eine Pflicht? Damit Eltern ungehindert die nun ins Trudeln kommende Wirtschaft „retten“ können?

Eltern brauchen und wollen keine staatliche Nachhilfe für die Erziehung ihrer Kinder.

Was also darf die Familie, die sich gegenwärtig von der Politik verlassen fühlt, von Ihnen als Parlamentarier/in erwarten?

Was werden Sie tun, damit Art. 6 GG erhalten bleibt und keine, wie auch immer geartete staatliche Konkurrenz zum alleinigen Erziehungsrecht der Eltern in das Grundgesetz Eingang findet?

Wir bitten um eine klare Antwort in diesem Wahljahr!

Diese Anfrage und Ihre Antworten werden wir in den verschiedensten Medien veröffentlichen und einer breiten Öffentlichkeit präsentieren.

Auch wenn Kinder leider noch immer keine Wahlstimme haben, so doch wir Eltern!



Sabine Wüsten
Vorsitzende
Bündnis Rettet die Familie